

BFS-TRENDINFO

7/16

Informationen für Führungskräfte der Sozialwirtschaft

Editorial

Non-Profit-Management

BarCamps – von der Unkonferenz zum
Trend-Event

Bildung

Kita-Leitung: Mit hohen Erwartungen allein
gelassen

Migration

Ohne Bürger-Engagement keine Integration

Demokratie

Nichtwähler: Wer bleibt am Wahltag zu Hause und
warum?

Demografie

Perspektiven von Jugendlichen auf dem Land

Gesundheit

Demenz im Krankenhaus: Problem erkannt, noch
nicht gebannt

Pflege

Wenn Pflegekräfte Reha brauchen: Drama in drei
Akten

Europa

EU-Preis für zivilgesellschaftliche Initiativen

Materialien

Alvin Elliot Roth: Wer kriegt was und warum?
Bildung, Jobs und Partnerwahl: Wie Märkte
funktionieren

Impressum

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Begriffe „Bar“ und „Gesundheit“ werden normalerweise eher als gegensätzlich empfunden. Dass dies nicht zwingend so sein muss, zeigt ein BarCamp für die Gesundheits- und Pflegebranche. Das so genannte CareCampKöln fand am 21. und 22. Mai 2016 in Köln statt. Seine Mission: die Veranstaltungsform eines BarCamps auf den Sektor Pflege übertragen.

Bei dem zweiten Treffen dieser Art kamen etwa sechzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer zusammen. Eine beachtliche Zahl, angesichts dessen, dass der Besuch im Regelfall privat ist und das CareCampKöln am Wochenende stattfand. Beachtlich war auch das weitgefasste Teilnehmerspektrum, welches von Ärzten und Pflegekräften über Wissenschaftler und Pflegedienstleiter bis hin zu Mitarbeitern verschiedener Krankenkassen reichte. Dadurch wurde auch Tobias Nickl als Vertreter der Bank für Sozialwirtschaft keinesfalls als Exot wahrgenommen.

So breit gefächert wie der Hintergrund der Teilnehmer waren auch die Themen der Sessions bei dem BarCamp: Es gab eine leidenschaftliche Debatte über die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben in der Pflege, Diskussionen über den Mehrwert von Facebook-Profilen und Twitter-Aktivitäten von Krankenhäusern, Spontan-Präsentationen zur Umstellung von Pflegestufen auf Pflegegrade im Zusammenhang mit dem Zweiten

Pflegestärkungsgesetz (PSG II) und sogar eine Session über die Sinnhaftigkeit von BarCamps in der Pflegebranche.

Ist das BarCamp-Konzept nun auf die Sozial- und Gesundheitsbranche übertragbar? Ja, darüber waren sich die Teilnehmer des CareCampKöln einig. Es sollte jedoch nicht als Ersatz für eine „gewöhnliche“ Konferenz gesehen werden, sondern als ergänzende Veranstaltung. Insbesondere als Networking-Event und um Problemstellen zu identifizieren, sind BarCamps einmalig und bieten deutliche Vorteile gegenüber einer traditionellen Tagung. Allerdings bietet das Format nicht die Möglichkeit, einzelne Aspekte in der Tiefe zu beleuchten, wie es etwa Experten-Vorträge tun.

Übrigens: BarCamps finden meistens nicht in Bars statt. Der gemeinsame Besuch einer Bar am Ende der Veranstaltung gilt aber als wahrscheinlich.

Wir wünschen Ihnen ein angenehme Lektüre und einen guten Start in die Feriensaison!

Ihre Redaktion

P.S.: Was genau ein BarCamp ausmacht und welche BarCamps es gibt, lesen Sie im Artikel „BarCamps – von der Unkonferenz zum Trend-Event“. Einen Rückblick auf das CareCampKöln finden Sie auf unserer [Website](#).

Non-Profit-Management

BarCamps – von der Unkonferenz zum Trend-Event

In der IT-Branche sind BarCamps schon lange keine Neuheit mehr. Ganze Open-Source-Programme und Apps wurden während solcher Tagungen entwickelt. Andere Branchen, die eher als traditionell denn als innovativ gelten, taten sich mit dieser Art der unorganisierten Veranstaltung bisher eher schwer.

BarCamps sind eine Tagungsform, welche bei Wikipedia treffend mit dem Wort „Unkonferenz“ beschrieben wird. Es gibt weder Redner noch Präsentationen und schon gar keine Tagesordnung. Stattdessen werden die Inhalte und der Verlauf während des BarCamps entwickelt und in „Sessions“ organisiert. Der wesentliche Vorteil dieser zugegebenermaßen etwas anarchischen Tagungsform: Es wird über das diskutiert, was die Teilnehmer wirklich beschäftigt, und nicht über das, was auf einer vorher festgelegten Tagesordnung steht.

BarCamps in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Neben dem CareCampKöln, das am 21./22. Mai 2016 in Köln stattgefunden hat, gibt es in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft mittlerweile eine ansehnliche Zahl an weiteren BarCamps zu den unterschiedlichsten Themengebieten. Ein Beispiel ist das „Social Innovation Barcamp“, welches von der Universität Duisburg-Essen organisiert und mit EU-Geldern gefördert wird. Vom 12. bis 13. Oktober 2016 können hier sämtliche Aspekte der sozialen

Innovation angesprochen und diskutiert werden, seien es die Vor- und Nachteile der Elektromobilität, der demographischer Wandel mit seinen Herausforderungen, neue Bildungskonzepte oder was den Teilnehmern sonst noch auf den Nägeln brennt.

Weitere Beispiele für BarCamps in der Sozialwirtschaft sind etwa das „BarCamp Flüchtlingsarbeit“ von April 2016 oder das „BarCamp soziale Arbeit“, welches im November 2016 in Bonn stattfinden wird. Selbst für Banken gibt es mittlerweile eins: Das erste Finanz- und Versicherungs-BarCamp fand am 28. Oktober 2015 statt, ein zweites ist für den 16. September 2016 in Köln geplant.

So gelingt ein BarCamp

Während BarCamp-Puristen der Auffassung sind, dass BarCamps generell für jeden Interessenten zugänglich sein müssen, jegliche Organisation und Themenfestlegung die Kreativität der BarCamp-Community einschränkt und somit die grundlegende Idee aushebelt, gibt es durchaus Versuche, das BarCamp-Konzept anderweitig zu nutzen. So lud etwa der Deutsche Caritasverband (DCV) zu einem BarCamp zum Thema „Digitale Kommunikation in Sozialunternehmen“ ein. Hier war nicht nur das Themengebiet limitiert, sondern auch das Teilnehmerfeld. Mitwirken durfte lediglich Führungspersonal aus Einrichtungen, die Mitglied im DCV sind. Einige Voraussetzungen für ein gelungenes BarCamp sollten jedoch in jedem Fall gegeben sein:

Unbedingt erforderlich ist die Bereitschaft der Teilnehmer sich einzubringen, da das Teilen und Diskutieren der eigenen Interessen Grundlage eines BarCamps ist. Für Freunde eines passiven Zuhörens wie bei herkömmlichen Konferenzen sind BarCamps daher ungeeignet. Auch wenn ein BarCamp zu Pflichtveranstaltung wird, ist mit dieser Bereitschaft sich Einzubringen nicht mehr zurechnen.

Eine weitere Voraussetzung ist eine gewisse Affinität zu sozialen Netzwerken und News-Feeds. Insbesondere die Twitter-Aktivität der BarCamp-Teilnehmer ist beachtlich und sollte auch Erstteilnehmern zumindest kein Fremdwort sein.

Wichtig ist die Zusammensetzung des Teilnehmerfeldes. Zum einen sollten nicht mehr als etwa 200 interessierte Personen teilnehmen, da die Teilnehmerzahl und die Möglichkeit sich einzubringen i.d.R. antiproportional verlaufen. Gleichzeitig lebt ein BarCamp von der Diversität der Teilnehmer und ihren fachlichen Hintergründen.

Entscheidend ist zudem, dass auf BarCamps Hierarchien keine Rolle spielen. Ein Chefarzt kann ebenso von einer Pflegefachkraft lernen wie ein IT-Fachmann von einem Volljuristen. Deshalb ist es von Vorteil, wenn zwischen den Teilnehmern weder ein Arbeits- noch ein Geschäftsverhältnis besteht.

Ganz ungezwungen Fragen stellen

Ein weiterer Vorteil eines BarCamps ist die Möglichkeit, ungezwungen Fragen zu stellen. Da die Teilnehmer sehr unterschiedliche Hintergründe haben, wird selbstverständlich davon ausgegangen, dass jeder in seinem Bereich Expertise mitbringt und andere Bereiche bislang außerhalb des persönlichen Tellerrands lagen. Dies ermöglicht auch, ohne Scheu die eigene Unwissenheit in bestimmten Bereichen zu offenbaren.

Da dies bei Kundenveranstaltungen aus Marketingaspekten natürlich nicht ratsam ist, ist ein BarCamp daher auch keine Verkaufs- bzw. Werbeveranstaltung, sondern ein Forum für Interessierte.

Weitere Informationen und *einen Überblick über BarCamps in Deutschland, Österreich und der Schweiz gibt es [hier](#) und unter www.barcamp-liste.de.*

edoch in jedem Fall gegeben se

Bildung

Kita-Leitung: Mit hohen Erwartungen allein gelassen

„Für jedes Kind einen Kita-Platz“, mit diesem Slogan kann heute kein Politiker mehr punkten. Obwohl der Rechtsanspruch vielerorts noch immer nicht eingelöst ist, richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit mittlerweile mehr auf die Qualität frühkindlicher Betreuung. Eltern, Erzieher und Wissenschaftler erwarten von Kindertagesstätten mehr denn je eine hochwertige Bildung, Betreuung und Erziehung des Nachwuchses. Das ist ihr gutes Recht. Allerdings müssen auch die Voraussetzungen stimmen. Damit rückt die Kita-Leitung als Schlüsselfunktion für die Qualität der Einrichtungen in den Brennpunkt.

Hauptaufgabe, keine Nebensache

Kompetente Pädagogik, flexible Öffnungszeiten, moderne Ausstattung, dazu Budgetverantwortung und Personalplanung: Längst wird anerkannt, dass Kita-Leitung eine anspruchsvolle Managementleistung ist und keine Nebensache. Doch wieviel Zeit und Unterstützung haben Leitungskräfte für ihre Arbeit? Welche Erfahrungen prägen ihren Berufsalltag, welche Handlungsoptionen lassen sich daraus ableiten? Diesen Fragen geht die Bertelsmann Stiftung in zwei aktuellen Veröffentlichungen nach: in einer Sonderauswertung des Ländermonitors Frühkindliche Bildungssysteme und einer Erhebung unter Kita-Leitungskräften, durchgeführt von Wissenschaftlerinnen der Alice Salomon Hochschule, Berlin.

Methodische Grundlagen

Die quantitative Sonderauswertung bedient sich der Kinder- und Jugendhilfestatistik der statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Stichtag 1. März 2015), die Berechnungen stammen vom Forschungsverbund Deutsches Jugendinstitut/TU Dortmund. Die qualitative Studie „KiTa-Leitung als Schlüsselposition“ kombiniert Gruppendiskussionen mit KiTa-Leiterinnen und -leitern und die Dokumentarische Methode. Das Basismaterial entstand in rund zweistündigen Diskussionen, die in allen 16 Bundesländern mit bis zu zehn Teilnehmern 2014 und 2015 abgehalten wurden.

Arbeitsbedingungen für KiTa-Leitungen: Zahlen und Daten

Wie die Sonderauswertung des Ländermonitors herausfand, ist in mehr als 13 Prozent der deutschen Kitas keine Zeit für Leitungsarbeit eingeplant. Im bundesweiten Durchschnitt verfügen Kita-Leitungen für solche Aufgaben über zwei Wochenstunden pro Beschäftigten. Wobei die Bedingungen in regionaler Perspektive stark variieren.

Während Leitungskräften in Bayern nur 1,3 Wochenstunden pro Kita-Beschäftigten für Führungsaufgaben zur Verfügung stehen,

gibt es in Hamburg deutlich mehr Kapazitäten (3,3 Wochenstunden). In Bremen haben 32 Prozent der Kitas überhaupt keine Zeit für Leitungsarbeiten. In Sachsen-Anhalt mangelt es daran nur bei zwei Prozent der Kitas.

Zustehende Leitungszeit ist keine Frage der Kita-Größe, belegen die Daten des Ländermonitors. Mehr als zehn Prozent der mittelgroßen Kitas (8 bis 12 pädagogische Fachkräfte) müssen ohne finanzierte Personalressourcen dafür auskommen. Auch hierbei herrschen große Unterschiede zwischen den Bundesländern: In Hessen arbeiten mehr als 21 Prozent der mittelgroßen Kitas ohne vertraglich festgelegte Leitungsressourcen, in Thüringen nur ein Prozent. „Einerseits sind die Rahmenbedingungen für das Leiten deutscher Kitas von Land zu Land sehr unterschiedlich, andererseits steigen bundesweit die Anforderungen seit Jahren“, hält die Untersuchung kritisch fest.

Auch Einrichtungen mit eigenen Ressourcen für Leitungsaufgaben sind von Land zu Land sehr unterschiedlich ausgestattet. In etwas mehr als der Hälfte dieser Kitas (54 Prozent) sind die Führungspersonen auch als pädagogische Fachkräfte tätig, in 37 Prozent können sie sich voll auf ihre Leitungsfunktionen konzentrieren. Neun Prozent der Einrichtungen verfügt über ein Leitungsteam. Hier haben

mindestens zwei Personen einen Leitungsanteil oder führen ausschließlich.

Typische Erfahrungsmuster

Die Autorinnen halten es für unverzichtbar, auf der Basis klar definierter Kernaufgaben Zeitkontingente für Leitungsaufgaben zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus gilt es vier in den Gruppeninterviews ermittelte Führungstypen zu berücksichtigen: den Typus Fürsorglichkeit (interaktionsbezogen), den Typus Management (Kita als Organisation) sowie die Typen des strukturbezogenen und teambezogenen Leadership (kreativitätsorientiert bzw. pädagogisch-reflexiv). Aufgrund der Vielfalt an Leitungspersönlichkeiten, Teams und speziellen Erfordernissen jeder Einrichtung kann es kein Einheitsprofil für Kita-Leitungen geben, wohl aber einen professionellen Orientierungsrahmen.

Wichtige Ergebnisse der Gruppeninterviews

Gefühl des Schwimmens: Kita-Führungspersonen stehen unter hoher Belastung. Die Aufgaben- und Anforderungsprofile der Leitungen sind oft unbestimmt, entsprechend ungeklärt sind die Zuständigkeiten. Interview-Teilnehmerinnen nehmen diesen unbefriedigenden Zustand als „Gefühl des Schwimmens“ wahr, fühlen sich allein gelassen. Zweifel an der eigenen Kompetenz rühren u. a. daher, dass die meisten Befragten zwar eine pädagogische Ausbildung oder ein pädagogisches Studium

haben, aber kaum für personal- und organisationsbezogene Management-Aufgaben qualifiziert sind.

Verwaltung des Mangels: Im Zusammenprall von hohen Erwartungen und knappen Ressourcen erleben sich Leitungskräfte permanent als Verwalterinnen des Mangels. „Sie arbeiten im Spannungsfeld zwischen ungenügenden strukturellen Rahmenbedingungen und steigendem Aufgabenspektrum“, beschreiben die Studienautorinnen das Dilemma.

Doppelte Verantwortung: Leitungskräfte müssen die Einrichtung „als Organisation einerseits und als pädagogischen Raum andererseits“ führen. Somit obliegt den Verantwortlichen eine doppelte Führungsverantwortung, wobei die pädagogische Kompetenz den Kernbereich bildet.

Ausblick und Empfehlung

Vor allem die Kita-Träger sind gefragt, Voraussetzungen für eine qualitätsorientierte Ausübung von Leitungsverantwortung zu schaffen. Dazu gehört zunächst die Bereitstellung einer den Aufgaben angemessenen Stundenzahl für Leitungstätigkeiten. Außerdem bedarf es unterstützender Strukturen, zum Beispiel Monitoring, Coaching und transparente Stellenprofile. „Die Studie zeigt, dass die Kernaufgaben der Kita-Leitungen klarer definiert werden müssen“, stellen die Autorinnen fest und regen an, bundeseinheitliche Standards für Zeitkontingente

festzulegen.

Hinzu kommen sollten regelmäßige Weiterbildungsangebote mit Bezug zur großen Vielfalt der Leitungsaufgaben. Dabei zählt nicht nur die individuelle Qualifizierung, sondern auch der Kompetenzzuwachs innerhalb des Teams als Keimzelle pädagogischer Qualität. Anders als die renommierte Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte (WiFF) sind die Autorinnen überzeugt, dass die Professionalisierung von Leitungskräften nicht mit einer Freistellung von der genuin pädagogischen Arbeit verknüpft werden sollte, sondern im Gegenteil, sowohl pädagogische wie führungsrelevante Kompetenzen umfassen muss. Last but not least: Leitungskräfte sollten besser als bisher von fachfremden, einfachen und zeitaufwändigen hauswirtschaftlichen und Sekretariatsaufgaben entlastet werden.

Daten und Fakten zum Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme finden Sie hier.

Iris Nentwig-Gesemann, Katharina Nicolai und Luisa Köhler, KiTa-Leitung als Schlüsselposition. Erfahrungen und Orientierungen von Leitungskräften in Kindertageseinrichtungen, hg. von der Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2016, 104 Seiten, Download.

Migration

Ohne Bürger-Engagement keine Integration

Treffend und selbstbewusst beschrieb der Interviewpartner einer der zahlreichen Helfergruppen deren zentralen Beitrag zur Aufnahme von Geflüchteten im vergangenen Jahr: „Wir sind Lotsen in die Gesellschaft.“ Am Anfang standen Unterbringung, Registrierung und Verpflegung von kurzfristig mehr als einer Million Zuflucht suchender Menschen. Staatliche und kommunale Verwaltungen alleine waren mit dieser Herkulesaufgabe überfordert. Erst die tatkräftige Unterstützung von Bürgern, Vereinen und spontan gebildeten Helferteams schuf eine Willkommenskultur, die trotz Skepsis mancher Beteiligter allen Betroffenen Aufnahme und Erstversorgung gewährte.

Zivilgesellschaft als selbstbewusster Mitgestalter

Eine aktuelle Studie des Maecenata Instituts charakterisiert die neue Qualität zivilgesellschaftlichen Handelns als entscheidendes Merkmal jener brisanten Geschehnisse. Die gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Urbanistik (DIFU) erstellte und vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) geförderte Untersuchung stellt eine Neubestimmung sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft als auch im Zusammenwirken der bürgerschaftlichen Akteure mit den staatlichen Organisationen fest. „Das Zusammenwirken hat gezeigt, dass die Zivilgesellschaft kein nettes Add-on mehr ist“, schreiben die Autoren Elke Becker und Rudolf Speth. „Sie ist immer weniger nur ein Handlanger der Verwaltung und immer mehr ein

Mitgestalter.“ Die Studie arbeitet Grundzüge dieser gesellschaftlichen Bewegung und ihrer Weiterentwicklung heraus.

Zwei Phasen der Flüchtlingshilfe

Die erste Phase der Flüchtlingshilfe reichte in etwa von Mitte 2015 bis zur Schließung der Balkanroute im Februar 2016. In dieser Zeit stand die Not- und Ersthilfe für eine große Zahl von Geflüchteten im Vordergrund. In der gegenwärtig anhaltenden, nicht streng abzugrenzenden zweiten Phase haben Inklusion in die Gesellschaft (Arbeitsmarkt, Bildung, Wohnen) und kulturelle Integration (Werte, soziale Kultur) Priorität. „Während sich die Not- bzw. Ersthilfe insbesondere durch spontane, einmalige und/oder nicht auf Dauer angelegte Maßnahmen auszeichnet, ist die Integrationsphase nicht nur komplexer und langwieriger, sondern erfordert auch langfristiges und beständiges Handeln aller Akteure.“ Aufgaben der Inklusion, sind die Autoren überzeugt, obliegen vor allem den staatlichen und kommunalen Einrichtungen, bei der kulturellen Integration hingegen ist die Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteure gefragt.

Fünf Akteursgruppen bestimmen das Geschehen

Bund und Länder, Städte, Landkreise und Gemeinden, etablierte zivilgesellschaftliche Organisationen (z. B. Wohlfahrtsverbände, Hilfsorganisationen), spontane lokale Helfergruppen und

die geflüchteten Menschen prägen das Kraftfeld der Flüchtlingspolitik. Die bisher insgesamt gedeihliche Zusammenarbeit dieser Akteure muss gemäß den Herausforderungen der zweiten Phase gehegt, gepflegt und weiterentwickelt werden. Die Kooperation „bedarf der kontinuierlichen Ermutigung, der Ertüchtigung, beispielsweise durch Fortbildung und Organisationsentwicklung, und eines klaren Bekenntnisses aller Beteiligten zu einem partizipativen Entwicklungsprozess.“

Zivilgesellschaftliche Akteure müssen sich neu aufstellen

Alle Gruppierungen sollten zwar weiterhin Aufgaben der ersten Phase wahrnehmen (denn es kommen ja weiterhin Flüchtlinge ins Land), sich aber verstärkt den Herausforderungen der zweiten Phase stellen. Zur organisatorischen Weiterentwicklung von etablierten Einrichtungen und spontanen Helfergruppen gehört die Selbstvergewisserung, ob und in welcher Weise sie auch mittel- und langfristig am Integrationsprojekt mitwirken wollen und welche interne Aufgabenverteilung erforderlich ist. „Aufgabe des Staates bzw. der Kommunen könnte es ein, diese Transformation (...) durch Hilfen zu unterstützen“, empfehlen die Studienautoren. Das schließt regelmäßige Beratung und Begleitung zivilgesellschaftlicher Akteure ein, zum Beispiel bei der Wahrnehmung von Patenschaften und beim Aufbau von Netzwerken.

Fallstudien liefern ein Mosaik wertvoller Erfahrungen

Die Maecenata-Untersuchung beleuchtet beispielhaft drei deutsche Orte in ihrer Bewältigung der Flüchtlingsproblematik. Der Stadtstaat Berlin weist die Besonderheit einer politisierten Zivilgesellschaft auf; in Mannheim halten sich die Geflüchteten nur übergangsweise ohne vertiefende Integrationsmaßnahmen auf; der Landkreis Starnberg in Bayern steht für eine lokale Siedlungsstruktur mit wohlhabender Mittelschicht. Diese Orte erschweren zwar allgemeingültige Aussagen, haben aber eine neue gegenseitige Wahrnehmung verschiedener Akteure und Initiativen in den Kommunen gemeinsam: „Während in Berlin und Mannheim die etablierten Organisationen der Zivilgesellschaft (und auch gewerbliche Unternehmen) große Unterkünfte betreiben und sich mit den spontanen Helfergruppen ganz unterschiedliche Beziehungsformen herausgebildet haben, hat sich im Landkreis Starnberg ein Miteinander entwickelt“, bringt es die Analyse auf den Punkt. Dabei wird deutlich, dass die etablierten Organisationen mehr Ressourcen, effizientere Strukturen und als Teil der Wohlfahrtsbürokratie auch mehr Interesse daran haben, Aufgaben gegen Bezahlung zu übernehmen.

Helfergruppen verändern die politische Kultur im Land

Ob professionelle Helfer oder spontan zupackende Bürger: Sie

bereichern die politische Kultur hierzulande. Dass die Stimmung gegenüber Flüchtlingen nicht „gekippt“ ist, dass Defätismus hinter lösungsorientiertem Optimismus zurücksteht, schreiben die Autoren wesentlich dem breiten Engagement zivilgesellschaftlicher Kräfte zu.

Ausblick: Damit die Lotsen an Bord bleiben

Das bürgerschaftliche Engagement zugunsten von Flüchtlingen hierzulande hat sich in der Gegenwart merklich verändert. Das belegen die Studienautoren auch mit Blick auf die 1990er-Jahre, als sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, zivilgesellschaftliche Organisationen nicht oder kaum an der Betreuung von Asylsuchenden (1992: 440.000) und Aussiedlern (1990: ca. 400.000) beteiligten. Dem steht heute eine Vielzahl organisierter und spontaner zivilgesellschaftlicher Initiativen engagiert und kompetent gegenüber. Nicht nur das Leistungs- und Aktivitätsspektrum hat sich vergrößert. Für einige Akteure ist ein finanzielles Motiv hinzugekommen. So entstehen in der Sozialwirtschaft neue Märkte, etwa durch das Betreiben von Flüchtlingsunterkünften. Die schwierige Integrationsunterstützung kann nur gelingen, wenn der politische Stellenwert der zivilgesellschaftlichen Gruppen anerkannt wird, fordern die Autoren: „Diese Anerkennung (...) der Leistungen von zivilgesellschaftlichen Helfergruppen muss von den Akteuren der Politik und Verwaltung kommen und entwickelt werden.“ Mancherorts festgestellte Symptome der Erschöpfung bei den Helfern unterstreichen diese Forderung. Es bedürfe einer

offenen und wertschätzenden Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen und Helfergruppen. „Dies mag auf den ersten Blick als Verlust von Gestaltungshoheit empfunden werden, erscheint jedoch im Hinblick auf die Tätigkeit von integrationsfeindlichen Gruppierungen als die unbedingt wünschenswerte Alternative.“

Rudolf Speth / Elke Becker, Lotsen in die Gesellschaft. Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen, hg. v. Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft in Zusammenarbeit mit Deutsches Institut für Urbanistik, Opusculum Nr. 92, April 2016, 61 Seiten, [Download](#).

Demokratie

Nichtwähler: Wer bleibt am Wahntag zu Hause und warum?

„Politiker? Machen doch sowieso, was sie wollen. Und kurz vor der nächsten Wahl stehen sie plötzlich in der Shoppingmeile und verteilen Luftballons.“ Überzeugte Nichtwähler halten heutzutage nicht hinter dem Berg. Politikerverachtung, Parteienablehnung und Politikverdrossenheit können sich rascher Zustimmung gewiss sein. In Deutschland ohnehin: In fast keinem anderen europäischen Land ist die Zahl der Nichtwähler so rasant gestiegen wie hier. So wären trotz gesteigerter Wahlbeteiligung bei den Landtagswahlen im März in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt die Nichtwähler, könnten sie eine eigene Faktion bilden, die stärkste Kraft in allen drei Ländern.

Dabei stellt Wahlabstinenz keineswegs einen Querschnitt der Gesellschaft dar. Die Erkenntnisse der Wahlforschung zum Zusammenhang von sozialer Lage, Lebensstil und Wahlbeteiligung lassen sich grob auf folgende Gleichung bringen: Je niedriger Bildung und Einkommen und je hoffnungsloser die Einschätzung der eigenen sozialen Lage, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, am Wahntag zu Hause zu bleiben.

Untersuchung am Beispiel Göttingen

Eine aktuelle Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung untersuchte Nichtwähler und Wähler in drei Göttinger Stadtteilen (Leineberg, Holtenser Berg, Grone-Süd). Alle drei Stadtteile

haben einen deutlich über dem Durchschnitt von Göttingen liegenden Anteil an Arbeitslosen, Transferleistungsempfängern und Migranten; die Wahlbeteiligung liegt deutlich unter dem gesamtstädtischen Mittelwert.

Die Studie basiert auf sechs Gruppendiskussionen mit insgesamt 43 Befragten. Zwar ist diese Zahl nicht sonderlich groß, dennoch gewährt die qualitative Gruppendiskussion tiefe Einblicke in das Denken und Wahlverhalten der befragten Menschen in den drei Problemvierteln. Zentrale Fragestellungen lauten: Wer bleibt Wahlen aus welchen Gründen fern? Wie blicken die Menschen auf Politik und ihre eigene Rolle im politischen Prozess? Und richten die Menschen überhaupt noch Hoffnungen auf die Politik?

Abgeschottete Milieus

Die drei Viertel leben nicht nur durch soziale Trennlinien vom Rest der Stadt abgesondert, sondern sind auch intern durch soziale, ethnische und kulturelle Heterogenität geprägt. Hinzu kommt differentes Verhalten der Bewohner in puncto Wahlbeteiligung oder -abstinenz. Darin spiegeln sich unterschiedliche persönliche Einstellungen und Merkmale sozialer Entfremdung in den Vierteln wider. Teilweise ist das durch abgeschottete migrantische Milieus bedingt.

Das Gefühl sozialer Ausgrenzung in der Stadtgesellschaft wird von den Befragten als kränkend und ungerecht empfunden.

Lebhafte Beispiele etwa von hilfsbereiter Nachbarschaft und vorteilhafter Verkehrsanbindung sollen das Bild vom verrufenen Stadtviertel zunächst entkräften. Aber je tiefer die Interviews vordringen, desto kritischer äußerten sich die Studienteilnehmer und beklagten Vandalismus, Drogenkonsum und fehlenden Zusammenhalt.

Eine Frage der Perspektive

Deutlich ist der Zusammenhang zwischen Wahlverhalten und Problemwahrnehmung. Wer wählen geht, nimmt den schlechten Ruf seines Viertels und Einschränkungen der öffentlichen Sicherheit gelassen hin, ohne diese Nachteile auf sich zu beziehen. Diese Bewohner sind auf der sicheren Seite, Probleme haben eher die anderen, so die Position der wahlbereiten Bürger. Nichtwähler hingegen sahen sich persönlich betroffen und benachteiligt, tendieren stark dazu, die Probleme ihres Viertels als drängend, ja unlösbar wahrzunehmen.

Eine ähnlich unterschiedliche Wahrnehmung zwischen Wählern und Nichtwählern besteht auch beim Bewusstsein für Selbstwirksamkeit, fanden die Studienautoren heraus. Wähler sehen vor allem in der Lokalpolitik Möglichkeiten persönlicher Einwirkung und sind auch bereit, diese zielstrebig auszuüben. So führt einer der Befragten aus, dass er bei Problemen direkt an den Oberbürgermeister schreibe oder den Stadtverordneten anspreche. „Dieses Selbstbewusstsein war bei den Nichtwählern

deutlich schwächer ausgeprägt“, stellen die Wissenschaftler fest. Diese Bewohnergruppe weicht politischen Gesprächsthemen eher aus, hat große Wissenslücken in lokalpolitischen Fragen und schenkt dem Aufstiegsversprechen der Gesellschaft keinen Glauben.

Mitbestimmung ändert wenig

Wähler und Nichtwähler stimmen im negativen Klischeebild von Politikern ziemlich überein. Diese werden vor allem als abgehoben und in die eigene Tasche wirtschaftend wahrgenommen, gleichgültig gegenüber den Nöten „kleiner Leute“. Für die Lokalpolitik artikulierten die Befragten den Anspruch, dass Politiker direkt ansprechbar sein müssen, doch leider sehe man kaum, dass sie dieser Erwartung genügen.

Lokalpolitische Mitwirkungsmöglichkeiten, zum Beispiel Bürgerforen, Stadtteilrunden und Nachbarschaftszentren, ändern wenig an der Politikabstinenz. Im Gegenteil, solche Partizipationsangebote könnten eine bestehende Spaltung innerhalb des Stadtviertels noch vertiefen, geben die Autoren zu Bedenken: Nichtwählern sind sie weniger bekannt als wahlbereiten Viertelbewohnern, sie erwarten kaum, darüber Einfluss ausüben zu können. Hier wird die Tendenz sichtbar, dass Demokratie vorrangig zu einer Sache selbstbewusster, erfolgsorientierter Bürger werden könnte, während sich die Abgehängten in einer verhängnisvollen Spirale von Rückzug, Unsichtbarkeit und Vernachlässigung im politischen Raum bewegen.

Ausblick: Mitwirkung durch Gemeinwesenarbeit

Der Studie gelingt es, Ausmaß und Beweggründe der Wahlverweigerung im Brennglas lokalpolitischer Verwerfungen zu analysieren. Zugleich liefert die im Auftrag der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung erstellte Publikation eine Erklärung dafür, warum Angehörige der Unterschichten heute nicht mehr Sozialdemokratie und Gewerkschaften als ihre natürlichen Interessenvertretungen ansehen, sondern sich vom politischen System insgesamt abwenden.

Auf der lokalen Gestaltungsebene sehen die Autoren trotz aller Schwierigkeiten eine Chance, gemeinsinnorientiertes Engagement in den städtischen Problemvierteln zu aktivieren. Während die Landes-, Bundes- und Europapolitik von den Befragten als abgehoben erlebt wird, besteht gegenüber der Lokalpolitik immerhin die Erwartung unmittelbarer Demokratieerfahrung und direkter Ansprechbarkeit ihrer Repräsentanten. In der Verbindung gezielten Handelns mit konkreten Ergebnissen sehen die Autoren denn auch einen Ansatzpunkt zur Einbeziehung enttäuschter Bürger in Prozesse politischer Teilhabe. Gemeinwesenarbeit mit zunächst unpolitischen „Kümmerstrategien“ entlang konkreter Hilfs- und Beratungsangebote könne Vertrauen in die Motive der Politik und in die Möglichkeiten, sich selbst einzubringen, aufbauen.

Die Autoren sind sich bewusst, mit diesem Vorschlag kein Patentrezept gegen Wahlmüdigkeit parat zu haben. Doch es ist

den Versuch wert, betonen sie. Die politische Polarisierung der vergangenen Monate im Land zeigt wieder einmal, wie wichtig die Ausübung des Wahlrechts ist. Und dass eine Voraussetzung dafür die verantwortungsvolle Teilhabe an politischen Entscheidungen ist.

Maximilian Blaeser / Felix Butzlaff | Matthias Micus / Robert Pausch | Giannina Scalabrino, Wahl und Nichtwahl. Politikeinstellungen und Politik-Hoffnungen in Göttinger Stadtvierteln. Ergebnisse einer Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Empirische Sozialforschung 5, Mai 2016, 60 Seiten, [Download](#).

Demografie

Perspektiven von Jugendlichen auf dem Land

„Die ‚blühenden Landschaften‘ des Ostens sind vielerorts Wirklichkeit geworden – allerdings überwiegend in den Städten“, war in der BFS-Trendinfo von Juni 2016 zu lesen. Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung bilanzierte weiterhin: Großstädte ziehen junge Menschen an, die einen Ausbildungs- oder Studienplatz suchen. 60 Prozent wandern aus ländlichen Regionen des Ostens zu. So weit, so gut. Aber wie kann man dem entgegenwirken? Sind junge Leute zu bewegen, in ihrer heimatlichen Region zu bleiben oder nach Ausbildung und Studium wieder dahin zurückzukehren?

In einer der wenigen Studien die es zu diesem Thema gibt, untersuchte das Deutsche Jugendinstitut (DJI) im Rahmen seines Forschungsschwerpunktes „Übergänge im Jugendalter“ die Perspektiven von Jugendlichen auf dem Land. Das Team um Sarah Beierle, Frank Tillmann und Birgit Reißig befragte dazu in seinem von der Bundesregierung geförderten Projekt „Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen“ Jugendliche und politische Entscheidungsträger auf dem Land. Die Ergebnisse und Empfehlungen sind im 54-seitigen Abschlussbericht festgehalten.

Kirmes, Schützenfest und Feuerwehrball reichen nicht aus

Kein Gymnasium, kein Jugendklub, keine Diskothek, kein Kino, kein Bus nach 17 Uhr, kaum Internetzugang oder interessante

Lehrstellen. Im Vergleich zu den Jugendlichen in der Stadt fühlen sich junge Leute auf dem Land benachteiligt. Kirmes, Schützenfest und Feuerwehrball reichen als kulturelle Aktivitäten nicht aus, damit junge Leute in ihrem Dorf bleiben. Die jugendliche Landflucht betrifft nicht nur den Osten Deutschlands, sondern hat längst strukturschwache Gegenden in Westdeutschland erreicht.

Den „ländlichem Raum“, so ist sich die Wissenschaft einig, als einheitlichen Raum gibt es nicht. Junge Leute leben heute in ländlichen Räumen zwischen der urbanen Welt der Bildung, der Medien, der Freizeit und des Konsums auf der einen Seite und der Welt der dörflichen Kontrolle, der Tabus, der traditionellen Selbstverständlichkeiten, aber auch der Vertrautheit, Geborgenheit und sozialen Sicherheit auf der anderen Seite, heißt es im Bericht. Landjugendliche würden durch die erhöhte Mobilität in mehreren Welten leben, aber nur in einer wohnen. Die sich verändernden Lebensräume des ländlichen Raumes eröffnen Freiräume und stellen gleichzeitig neue Anforderungen.

Sechs Landkreise im Vergleich

Für die Studie wurden nach verschiedenen Kriterien drei strukturschwache Landkreise mit einer hohen Jugendabwanderung in den "alten Bundesländern", nämlich Birkenfeld in Rheinland-Pfalz, Wunsiedel im Fichtelgebirge in Bayern und der Werra-Meißner-Kreis in Hessen sowie der

Kyffhäuserkreis in Thüringen, Mansfeld-Südharz in Sachsen-Anhalt, Prignitz in Brandenburg und Vorpommern-Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern ausgewählt. In jeder Untersuchungsregion wurden fünf Experteninterviews mit (jugend)politischen Akteuren sowie eine Gruppendiskussion mit fünf bis zehn Jugendlichen durchgeführt.

Bei den qualitativen Befragungen von Experten und Jugendlichen ging es darum, wie diese ihre Bezugsregion wahrnehmen und in welchem Aktionsraum sie agieren. Anhand von Indikatoren wie z. B. Beschäftigungsperspektive, Angebote der Jugendarbeit oder digitale Erreichbarkeit wurde darüber hinaus ein regionaler Teilhabeindex entwickelt, der die Unterschiede in den verschiedenen Landkreisen veranschaulicht. Forschungsbegleitend fanden Workshops statt, in denen die Zwischenergebnisse diskutiert wurden. Zeitlich verlief die Studie über zwei Jahre von Oktober 2013 (Aufaktveranstaltung) bis Oktober 2015 (Abschlussveranstaltung).

Vier verschiedene Freizeittypen

Viele Landjugendliche leben gerne auf dem Land. Sie fühlen sich aufgehoben in der Familie, schätzen den vertrauten Umgang, lieben die Natur und fühlen sich sicherer als in der Stadt – allerdings nur, wenn das Gefühl von Benachteiligung und Enge nicht überwiegt. „Landjugendliche haben ein sehr

unterschiedliches Freizeitverhalten, das mit dem Wunsch, die Region zu verlassen, korreliert“, erklärt Sarah Beierle, wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt. Insgesamt unterscheidet die Studie vier verschiedene Freizeittypen:

- Typ Wochenend-Freizeiter: besucht meist eine Ganztagschule, feiert am Wochenende in der nächsten Großstadt durch und freut sich, wenn er nach der Schule seine Heimat verlassen kann.
- Typ Jugendeinrichtungs-Nutzer: verabredet sich mit seiner Peer-Group im Jugendtreff oder am See, fürchtet die Stadt und möchte in der Region bleiben.
- Typ Alles-in-kurzen-Distanzen-erreichbar: nutzt wohnortnah Schule, Vereine und Jugendeinrichtungen; verlässt für eine gute Ausbildung oder Job gern die Heimat. Eine Rückkehr wird nicht ausgeschlossen.
- Typ Mehrfach-Engagierter: ist im Sportverein wie in der Jugendband aktiv, gut integriert, verfügt in Familie und Freundeskreis über Unterstützung und kann sich ebenfalls vorstellen, später in die Region zurückzukommen.

Schlussfolgerungen für die jugendorientierte Demografiepolitik

Dass Jugendliche sich auf dem Land wohler fühlen, ließe sich durch folgende Maßnahmen erreichen:

- Kostenfreier Breitband-Internet-Hotspot in jedem Dorf und jedem Schulbus (z. B. freifunk.net)
- Sichere Radwege zum Schulort bzw. nächsten Unter- oder Mittelzentrum
- Mobilitätsprogramm für Vereine im ländlichen Raum (Vereine für Kinder und Jugendliche müssen Fahrdienste anbieten können, Fördertopf notwendig)
- Freizeitangebote, die wohnortnah schnell erreichbar sind, besserer Zugang zu zentralen Jugendeinrichtungen in Abstimmung mit dem ÖPNV
- Vorhandene Räumlichkeiten und Ressourcen teilen (Lernorte zu Lebensorten umwandeln, Schulgelände frei zugänglich machen, Räumlichkeiten von Kirchen, Vereinen und kommunalen Gebäuden für Jugendliche öffnen)
- Intensivierung der interkulturellen Jugendarbeit (Belange von Jugendlichen aus der Region und Flüchtlingen berücksichtigen)
- Zivilgesellschaftliche Koordinierungsstelle mit Jugendbeauftragten schaffen (Vermittlung zwischen Jugendlichen, Verwaltung und Politik)
- Lebensweltnahe Berufspolitik (Peer-Mentoren informieren über lokale Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten)
- Steigerung der Attraktivität dualer Ausbildungsberufe z. B. durch den Zusammenschluss von Kleinbetrieben zu Ausbildungsverbänden, mobile Bildungsberatung für Rückkehrwillige und transparentere Informationen über

freie Lehrstellen und Jobs in der Region

- Tertiäre Bildungsangebote für Hochschulzugangsberechtigte (z. B. Errichtung von Außenstellen von Hochschulen)

Um strukturschwache Regionen langfristig für junge Menschen attraktiver zu gestalten, bedarf es einer langfristigen abgestimmten Unterstützung von Kommunen, Land und Bund – so ein zentrales Ergebnis der Studie.

Sarah Beierle, Frank Tillmann: Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen, Oktober 2015

- [Zentrale Ergebnisse der Befragung der Jugendlichen und Handlungsempfehlungen](#)

- [Übersicht über die Untersuchungsstandorte](#)

- [Abschlussbericht der Studie](#)

Gesundheit

Demenz im Krankenhaus: Problem erkannt, noch nicht gebannt

Angst und Aggressivität, Unruhe und Sturzgefährdung, das sind nur einige der typischen Begleiterscheinungen von Demenz. Für Betroffene und ihre Angehörigen sind sie extrem belastend, für Krankenhaus-Mitarbeiter höchst betreuungsintensiv. Die Zahl älterer Patienten mit einer häufig erst bei der Einlieferung erkannten Nebendiagnose Demenz wächst. 40 Prozent aller über 65-jährigen Patienten in Allgemeinkrankenhäusern leiden unter einer kognitiven Beeinträchtigung. Doch gegenwärtig ist der Klinikalltag kaum auf demenziell erkrankte Menschen eingestellt, speziell ausgebildetes Personal und besondere Betreuungsangebote sind selten. Doch das Problembewusstsein wächst, einige Projekte aus dem Klinikalltag liefern vorbildliche Beispiele.

Wissenschaftler der Hochschule Mannheim und der Technischen Universität München liefern nun erstmals Daten zu Anzahl, Verteilung und Versorgungsbedarf von Patienten mit kognitiven Störungen und Demenz an Akutkrankenhäusern. Generell verfolgt die Studie das Ziel der Bestandsaufnahme, in welchem Umfang sich Krankenhäuser auf die Versorgung älterer Menschen mit diesen Einschränkungen einstellen müssen. Sie ermittelt dazu empirische Daten zur Charakterisierung von Patienten nach Behandlungsanlässen und Diagnosen sowie nach vorbekannten und bis dahin unentdeckten kognitiven Störungen.

Studie mit 33 Kliniken

Die Erhebung bezieht Allgemeinkrankenhäuser mit jeweils fünf per Zufall gewählten Stationen ein. Fachkliniken, Kliniken mit weniger als 150 Betten sowie geriatrische, psychiatrische und neurologische Stationen bleiben unberücksichtigt. 33 Kliniken (60 %) nahmen an der Studie teil. Insgesamt 1.469 am Stichtag anwesende Patienten über 65 Jahre (Durchschnittsalter: 78,6 Jahre) wurden untersucht. Die auf Baden-Württemberg und Bayern beschränkte Analyse ist wegen des bundesweit einheitlichen Demenzrisikos repräsentativ. Sie wurde von der Robert Bosch Stiftung gefördert und von der Deutschen Alzheimer Gesellschaft unterstützt. Vorerst liegt nur eine Zusammenfassung vor.

Ergebnisse der Studie

Kognitive Störungen im Krankenhaus sehr häufig: Die teilnehmenden Krankenhäuser hatten einen höheren Anteil von Demenzkranken als die Allgemeinbevölkerung. 40 Prozent der untersuchten Patienten wiesen jeweils zur Hälfte leichte und schwere kognitive Störungen auf. Männer und untere Altersstufen waren häufiger betroffen als Frauen und Höchstbetagte. Bei den medizinischen Fachabteilungen hatten Innere Medizin und Unfallchirurgie den höchsten Anteil an

Demenzpatienten.

Demenz häufig nicht vorekannt: Bei weniger als 40 Prozent der Betroffenen war die Demenzerkrankung bekannt und aus der Krankenakte ersichtlich. Häufige Behandlungsanlässe waren Verletzungen und Frakturen, Lungengenentzündungen und Harnwegsentzündungen. Häufig lagen auch Dehydration, Dekubitus, Fieber oder körperlicher Abbau vor. Auffallend war, dass Demenzkranke seltener wegen einer Krebserkrankung oder wegen Muskel- oder Skeletterkrankung behandelt wurden.

Hohe Anforderungen an die Versorgung: Bei 80 Prozent der untersuchten Patienten kamen zu den kognitiven Beeinträchtigungen noch Verhaltenssymptome wie nächtliche Unruhe, Umtriebigkeit und Aggressivität hinzu, manchmal auch Halluzinationen und Wahnvorstellungen. „Insgesamt war der Zeitaufwand für die Versorgung der Patienten mit Demenz deutlich erhöht und es wurden zahlreiche Probleme in der Behandlungspflege berichtet“, fassen die Studienautoren zusammen.

Besondere Betreuung selten: Bettseitenteile, Orientierungshilfen, Entlass-Management – das Betreuungsangebot für Demenzpatienten erschöpfte sich in den meisten untersuchten Kliniken in Maßnahmen dieser Art.

Pflegekräfte mit gerontopsychiatrischer oder Altenpflegerischer Ausbildung sind selten, Schulungen und Weiterbildung sind die Ausnahme.

Schlussfolgerungen

Zur raschen und zuverlässigen Demenz-Bestimmung direkt bei der stationären Aufnahme empfehlen die Autoren den kurzen standardisierten Screeningtest. „Je besser Patientengruppen identifiziert und eingegrenzt werden, die besonders intensiver Betreuung und Pflege bedürfen, umso leichter lassen sich vorhandene Ressourcen bündeln und fachübergreifende Versorgungsschwerpunkte mit speziell geschultem Personal einrichten.“

Die Autoren begrüßen das aktuelle Pflegestellen-Förderprogramm 2016-2018 des Bundesgesundheitsministeriums: Zum einen, weil es eine Verbesserung der pflegerischen Versorgung von Patienten mit erhöhtem Bedarf vorsehe, zum anderen, weil es diese Personengruppe ausdrücklich in den diagnosebezogenen Fallgruppen berücksichtigt. In der vorliegenden Studienzusammenfassung wird nicht angesprochen, inwieweit die angestrebte generalistische Berufsausbildung für die Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege im Rahmen des Pflegeberufereformgesetzes zur Lösung der aufgezeigten Probleme beitragen kann.

Demenz im Krankenhaus: Zukunftsweisende Projekte

Derzeit wollen sich die Autoren gegenüber der BFS-Trendinfo nicht zu konkreten Schlussfolgerungen ihrer Studienergebnisse für eine verbesserte Demenz-Versorgung im Allgemeinkrankenhaus äußern. Bislang von der Robert Bosch Stiftung geförderte Konzepte an zwölf Krankenhäusern zeigen aber beispielhaft, wohin die Reise geht.

So passen die *Alexianer St. Hedwig Kliniken Berlin* das Prozessmanagement ihrer bereits bestehenden interdisziplinären Notaufnahme (INA) speziell an die Bedürfnisse von Demenzkranken an. Das betrifft die fachliche Qualifikation der Mitarbeiter, die Fortbildung und die räumliche Gestaltung des Hauses. Die Machbarkeit des Konzepts wird in einem weiteren Krankenhaus des Trägers überprüft.

Das *Johanniterkrankenhaus Bonn* favorisiert ein Konzept psychosozialer Interventionen mittels kognitiver Stimulation, Biografiearbeit und Musiktherapie. Spezielle Demenz-Care-Manager, ein Kognitions-Trainings-Tool für die Notaufnahme und die demenzbezogene Fortbildung von Mitarbeitern sollen die Versorgung verbessern.

Das *Diakonissenkrankenhaus Dresden*, das bislang über keine geriatrische oder gerontopsychiatrische Fachabteilung verfügt,

entwickelt ein demenzsensibles Konzept für das ganze Haus. Dazu gehören u. a. Fortbildungsmaßnahmen für Mitarbeiter, Beratungsangebote für Angehörige und eine angepasste Raumgestaltung.

Das *Evangelische Krankenhaus Bielefeld* richtet sich schon seit 2010 auf Patienten mit Demenz aus. Die Fachhochschule der Diakonie in Bielefeld und das Institut für Bevölkerungs- und Gesundheitsforschung der Universität Bielefeld leisten für die in diesem Rahmen erprobten Konzepte wissenschaftliche Begleitung.

Robert Bosch Stiftung (Hg.): General Hospital Study (GHoSt). Zusammenfassung einer repräsentativen Studie zu kognitiven Störungen und Demenz in den Allgemeinkrankenhäusern von Baden-Württemberg und Bayern, 8 Seiten, 2016, [Download](#).

Derzeit läuft die dritte Förderrunde der Robert Bosch Stiftung für Akutkrankenhäuser, die bis zu 100.000 Euro für die Entwicklung und Umsetzung eines demenzsensiblen Konzepts beantragen können. Anmeldeschluss ist der 15. August 2016. Bislang geförderte Projekte finden Sie [hier](#).

Pflege

Wenn Pflegekräfte Reha brauchen: Drama in drei Akten

Wachsende Arbeitsverdichtung und drückender Sparzwang verlangen in den Pflegeberufen vollen Einsatz. Überdurchschnittlicher Krankenstand und eine hohe Zahl von Frühverrentungen zeigen eine Branche am Limit. Auffällig viele Pflegekräfte steuern nach langer Leidensgeschichte eine berufliche Rehabilitation an. Kein Zweifel, die Helfer brauchen Hilfe. Hier setzt eine neue Untersuchung der Philosophisch-Theologischen Hochschule Vallendar (PTHV) an: „Ziel der Studie ‚Reha-Biograf‘ war es, die biografischen Wege von Pflegefachpersonen in die berufliche Rehabilitation rückblickend zu untersuchen, um Hinweise zu Verläufen und Risiken, aber auch verpassten Chancen im Berufsalltag zu erhalten“, beschreibt Studienleiter Frank Weidner von der Pflegewissenschaftlichen Fakultät das Forschungsprojekt.

Methodische Voraussetzungen

Basis der qualitativen Studie sind Interviews mit 21 Pflegefachkräften – 15 weiblichen und sechs männlichen Gesundheits- und Krankenpflegern im Alter zwischen 32 und 55 Jahren (Mittelwert: 46 Jahre). Befragt wurden dreijährig qualifizierte Pflegefachpersonen, die über eine mindestens zweijährige Berufserfahrung in Krankenhäusern verfügten, langzeiterkrankt waren und an einer Reha-Maßnahme beim CJD Berufsförderungswerk Koblenz (BFM) teilnahmen bzw. teilgenommen hatten. Die Befragung erfolgte mittels problemzentriertem Interview (PZI) und episodischem Interview.

Dieser Methodenmix gewährt trotz der geringen Zahl der Befragten tiefe Einblicke in den beruflichen Werdegang der teilnehmenden Pflegekräfte bis hin zur Rehabilitation. Aus den gewonnen Erkenntnissen lässt sich ein Verlaufsphasenmodell ableiten, das prägende Belastungsfaktoren deutlich macht. Fünf Kernthemen schälten sich in den Interviews heraus.

Wenn der Beruf krank macht: Kernthemen der Interviews

1. Rahmen- und Arbeitsbedingungen: „**Rücksichtsloses Wirtschaften**“

Die Befragten setzen die erlebten schlechten oder sich verschlechternden Arbeitsbedingungen in direkte Beziehung zum eigenen Gesundheitszustand. Damit bestätigen sie die Ergebnisse einschlägiger Studien (z. B. Pflege-Thermometer, NEXT, RN4Cast). Die Wissenschaftler ordnen die Schilderungen der Studienteilnehmer zur persönlichen Befindlichkeit folgenden häufig wiederkehrenden Subkategorien zu: Umstrukturierung, Arbeitsbedingungen, fehlende Arbeitspausen, Zeitdruck, körperliche Anforderungen.

So schildern die Beschäftigten die massiven *Umstrukturierungen* der vergangenen Jahre im Krankenhaussektor als zentralen Bestimmungsfaktor ihrer Arbeit. Die *Arbeitsbedingungen* sind stark durch Personalabbau geprägt. Direkt spürbare Folgen

sind Mehrarbeit, Überstunden, häufiges Einspringen sowie *fehlende Arbeitspausen*. Die Praxis, ältere Mitarbeiterinnen durch jüngere Kräfte zu ersetzen, wird als „brutal“ und als „rücksichtsloses Wirtschaften“ beklagt. „Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die wachsende Personalknappheit als Hauptsymptom einer ökonomisierten Arbeitswelt im Krankenhaus gesehen wird“, schreiben die Autoren. *Zeitdruck* als Stressfaktor durchdringt den gesamten Arbeitsalltag. Die Grundpflege stellt hohe *körperliche Anforderungen*, wobei sich „die Arbeitslast im wahrsten Wortsinn auf weniger Schultern, Wirbelsäulen, Hüften und Beine verteilt“ und Ursache von Erschöpfung, körperlichen Beschwerden und Erkrankungen ist.

2. Personen- und einstellungsbezogene Faktoren: „**Dem Menschen dienen**“

Zu den individuellen und kollektiven Wertmustern von Pflegefachkräften gehört eine verbreitete altruistische Grundhaltung mit aufopfernder Bereitschaft zum Dienen. Wer dagegen verstößt, bekommt schnell offene oder verdeckte Kritik zu spüren. Präsentismus als Selbstschutz der Befragten spielt folgerichtig eine große Rolle. „Tragische Krankheitsgeschichten, die sich ggf. auch unabhängig von den jeweiligen Berufsbiografien schicksalhaft entwickeln, sind dann mitunter der Auslöser für eine Krise mit anschließender Konversion“, resümiert die Studie.

3. Rolle von Arbeitgebern und Vorgesetzten: „Benutzt und weggeworfen“

In den Interviews überwiegen die Schilderungen negativer Erfahrungen mit Arbeitgebern und Vorgesetzten. Viele Befragte fühlen sich nicht ernst genommen, berichten von Desinteresse der Chefs an ihrem Gesundheitszustand und dem Angebot der Auflösung des Arbeitsvertrags. Sie scheuen sich, dem Vorgesetzten ihre Überlastung oder Erkrankung mitzuteilen, weil sie Angst haben, „benutzt und weggeworfen“ zu werden. Führungskräfte torpedierten den Interview-Teilnehmern zufolge vereinzelt das „Menschliche“, indem sie eingespielte Teams trennten. In einem Fall wurde dem Team empfohlen, eine krankheitsbedingt fehlende Kollegin zu Hause anzurufen, um sich bei ihr für die Überstunden „zu bedanken“. Die Interviews enthalten zwar auch Beispiele von konstruktiven Gesprächen mit Vorgesetzten, doch die dabei zugesagten Verbesserungen blieben meist aus.

4. Bedeutung von Team und privatem Umfeld: „Jetzt mach doch mal“

Im Allgemeinen werden die Teamkollegen und das private Umfeld als angenehm und unterstützend wahrgenommen. Einschränkungen sind jedoch unüberhörbar. Wer öfter krank ist, bekommt früher oder später Missbilligung zu spüren. Angespannte Arbeitsbedingungen fördern unkollegiales Verhalten. Auch zu Hause oder unter Freunden kann es

passieren, dass Krankheit oder psychische Probleme als ein „sich Hängenlassen“ missdeutet werden. Hier wird den Pflegenden das professionelle Ethos zum Verhängnis, zu helfen und nicht zu klagen.

5. Gesundheitsfördernde Maßnahmen: „Wieder zu sich selbst kommen“

Die befragten Pflegefachkräfte berichten von zahlreichen Verbesserungsvorschlägen, die möglicherweise die eigene Gesundheit stabilisiert und die Berufsunfähigkeit verhindert hätten. Sie reichen von ergonomischen Veränderungen am Arbeitsplatz und einer optimierten Personaleinsatzplanung über Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bis zum Sabbatjahr, „um wieder zu sich selbst zu kommen“. Von positiver Resonanz der Leitungsebene ist nichts bekannt.

Das EKK-Phasenmodell

Die Autoren entwickeln aus den Schilderungen der Studienteilnehmer das EKK-Verlaufsmodell. Demnach gliedern sich die beruflichen Biografien in drei typische Phasen: Exposition, Krise, Konversion.

In der ersten Phase des Berufslebens (Exposition) breitet sich eine Krankheitsgeschichte über Jahre hinweg schleichend aus. Oft geschieht das unbemerkt, manchmal werden Beschwerden auch wahrgenommen, aber nicht hinterfragt oder schlichtweg

ignoriert. In der zweiten Phase (Krise) nehmen Belastungen und Beschwerden weiter zu. Der gesundheitliche Zustand der Betroffenen verschlechtert sich, bis nichts mehr geht. In der dritten Phase (Konversion) finden sich die betroffenen Mitarbeiter in der beruflichen Rehabilitation und in einer Neuorientierung wieder. „Wir haben aber auch atypische Verläufe gefunden“, sagt Weidner, „bei denen es recht unbemerkt verläuft und plötzlich der Zusammenbruch kommt.“

Drama der Krankenhauspflege

Der Phasenverlauf erinnert die Autoren an das antike Drama mit seinen drei Akten. Auch dort ging es um die Exposition des Helden, den zentralen Konflikt und eine tragische Lösung. „Es spielen sich sozusagen alltäglich durchaus langjährige, mehraktige Dramen in der bundesdeutschen Krankenhauspflege ab, die für die ‚Heldinnen und Helden‘ nicht selten in der beruflichen Rehabilitation oder gar der Berufsunfähigkeit oder Frühverrentung enden.“

Ausblick

Das Phasenmodell kann den Betroffenen helfen, Belastungen und gesundheitliche Auswirkungen ihres Berufsalltags zu identifizieren, im Forschungskontext ermöglicht es erste konzeptionelle Entwicklungen präventiver Ansätze zur Früherkennung und Intervention. In diese Richtung zielen auch die Erwartungen des CJD Berufsförderungswerkes Koblenz, das

die Studie gefördert hat: „Auf Grundlage der Studie können nun Maßnahmen der Prävention und der Rehabilitation weiterentwickelt werden, die sowohl das krankheitsbedingte Ausscheiden verhindern als auch den Wiedereinstieg der erfahrenen Pflegefachkräfte fördern können“, heißt es dort. Das käme zunächst den Pflegefachkräften, vor allem aber den Patienten zugute. Die vielfachen Warnungen vor dem künftigen Fachkräftemangel in der Pflege sollten nicht länger ungehört verhallen.

Frank Weidner / Matthias Brünnett / Mareike Müller / Iwona Cissarz: Reha-Biograf, Langzeiterkrankte Pflegefachpersonen in der beruflichen Rehabilitation – Ursachen, Wege und Erklärungen. Philosophisch-Theologische Hochschule Vallendar (PTHV). Gefördert vom CJD Berufsförderungswerk Koblenz (BFW), 88 Seiten

Die Studie „Reha-Biograf“ kann als pdf [hier](#) kostenlos abgerufen oder bei der Pressestelle der PTHV, Telefon 0261/6402-290, E-Mail: vbreitbach@pthv.de, angefragt werden.

Europa

EU-Preis für zivilgesellschaftliche Initiativen

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, ein beratendes Organ der EU, vergibt jährlich einen Preis als Anerkennung für zivilgesellschaftliche Organisationen oder Einzelpersonen, die sich maßgeblich um die Förderung der europäischen Identität und Integration verdient gemacht haben.

Der Preis für herausragende Initiativen der Zivilgesellschaft wird 2016 zum achten Mal verliehen. Der erste Preis beläuft sich auf 14.000 Euro, die weiteren Preise sind mit je 9.000 Euro dotiert. Insgesamt sollen bei der Preisverleihung am 15. Dezember 2016 fünf Initiativen prämiert werden. Bewerbungen sind bis spätestens zum 9. September 2016 beim EWSA einzureichen.

Ziel der Preisvergabe ist die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die bedeutende Rolle, die Zivilgesellschaft und Einzelpersonen zum Entstehen einer europäischen Identität und Förderung gemeinsamer europäischer Werte spielen.

Der EWSA ist ein beratendes EU-Gremium und setzt sich aus Vertretern von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen sowie anderen Interessenvertretern zusammen. Er legt den EU-Institutionen Stellungnahmen zu europapolitischen Themen vor und bildet so eine Brücke zwischen den europäischen Entscheidungsorganen und den Bürgerinnen und Bürgern.

Projekte zugunsten von Flüchtlingen werden prämiert

In einer Zeit, in der Europa vor großen Herausforderungen wie der Flüchtlingskrise und einer zunehmenden europakritischen Stimmung steht, hat der EWSA das Thema „Migranten“ für die Auslobung des Preises 2016 gewählt. Ausgezeichnet werden sollen Initiativen, die u.a. folgende Ziele verfolgen und umsetzen:

- Erstversorgung und Soforthilfe für Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge
- praktische Hilfe in Verwaltungsverfahren, z.B. in Bezug auf den Zugang zu Wohnraum, Gesundheitsversorgung, Bildung, Beschäftigung, öffentlichen Diensten
- Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Diskriminierung
- Initiativen zur Förderung der Menschenrechte
- soziale Inklusion von Drittstaatsangehörigen sowie Förderung ihrer Selbstbefähigung und Teilhabe am sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben des Aufnahmelandes
- Qualifizierungsmöglichkeiten, u.a. Sprachkurse oder andere Aktivitäten mit dem Ziel, die Sprache des Aufnahmelandes zu erlernen;

- Kurse zur kulturellen Orientierung; Bildungsangebote, mit denen die Grundwerte des Aufnahmelandes und entsprechende Rechte und Pflichten vermittelt werden sollen
- Vorbereitung für Kinder von Drittstaatsangehörigen auf den gemeinsamen Schulbesuch mit einheimischen Kindern
- Wissensvermittlung in den Aufnahmegemeinschaften, insbesondere durch interkulturelles und interreligiöses Training;
- Sensibilisierung, Informationsaustausch und Verbreitung bewährter Verfahren für die Integration und Inklusion von Drittstaatsangehörigen

2015: Preise für Initiativen zur Armutsbekämpfung

Die vorjährige EWSA-Preisverleihung befasste sich mit dem Thema Armutsbekämpfung und kürte als Hauptgewinner die beiden Organisationen „Armut und Gesundheit in Deutschland e. V.“ und die „Y-Foundation“ aus Finnland. Die beiden Hauptgewinner erhielten jeweils ein Preisgeld in Höhe von 11 500 Euro.

Medizinische Betreuung für Wohnungslose

Die deutsche Organisation „Armut und Gesundheit in Deutschland e. V.“ wurde 1997 in Mainz gegründet und bietet Menschen unabhängig von deren finanzieller Situation medizinische Betreuung an. Mit dem „Mainzer Modell der gesundheitlichen Versorgung von wohnungslosen Menschen“ stellte der Verein Obdachlosen eine umfassende medizinische Betreuung bereit. Das Modell sorgt dafür, dass ärztliche, pflegerische und soziale Hilfe im Rahmen von medizinischen Sprechstunden in Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe stattfinden kann. Mit der Unterstützung des „Arztmobils“, einer rollenden Ambulanz, werden zudem wohnungslose Menschen auf der Straße aufgesucht.

Ein wesentliches Element des Modells ist die Zusammenarbeit mit Krankenkassen, Verwaltung, Politik und anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens, um den Betroffenen Zugang zu der allgemeinen Gesundheitsversorgung zu erleichtern. Das Projekt „Ambulanz ohne Grenzen“ unterstützt auch andere Menschen, die in prekären Lebenslagen sind und keine ausreichende Krankenversicherung haben. Zudem findet in diesem Rahmen auch eine soziale Beratung statt, um beispielsweise nicht versicherte Menschen wieder mit einer Krankenversicherung zu versorgen. Ein weiteres erfolgreiches Projekt des Vereins ist „Street Jumper“ und bietet eine regelmäßige medizinische Vor-Ort-Betreuung für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Wohngebieten.

Bezahlbarer Wohnraum für bedürftige Menschen

Den anderen Hauptpreis für „hervorragende Initiativen der Zivilgesellschaft“ erhielt die finnische Stiftung „Y-Foundation“. Die Stiftung stellt bezahlbaren Wohnraum bereit, um die Gesundheit und das soziale Wohlergehen von hilfsbedürftigen Menschen zu fördern. Durch den Kauf und die Renovierung von Wohnraum unterstützt die Stiftung den sozialen Wohnungsbau für hilfsbedürftige Menschen, insbesondere für Haftentlassene, Drogenabhängige und Menschen mit psychologischen Problemen. Diese Initiative wurde bereits auch in anderen europäischen Ländern erprobt, ein erfolgreiches Beispiel ist das Projekt „First Housing“ in Belgien. Dies zeigt, dass die Initiative anderen Organisationen als Best-Practice-Beispiel dienen kann.

Weitere Informationen zur Preisvergabe des EWSA für die besten Vorschläge zur Förderung der europäischen Identität und Integration (2016 EESC Civil Society Prize - Migrants) gibt es [hier](#).

Weitere Informationen zur den Preisträgern von 2015:

- [Armut und Gesundheit in Deutschland e. V.](#)
- [Y-Foundation](#)
- [First Housing](#)

Materialien

Alvin Elliot Roth: Wer kriegt was und warum? Bildung, Jobs und Partnerwahl: Wie Märkte funktionieren

Siedler Verlag, München 2016, 280 Seiten, 24,99 Euro, ISBN: 978-3-8275-0044-1,

Alvin Elliot Roth bekam vor vier Jahren, gemeinsam mit dem kürzlich verstorbenen Mathematiker Lloyd Shapley, den Wirtschafts-Nobelpreis. Die beiden Wissenschaftler hatten sich mit realen, aber sehr fragilen Märkten beschäftigt, bei denen nicht der Preis das entscheidende Auswahlkriterium ist, wie zum Beispiel beim Heiratsmarkt. Lloyd Shapley rechnete Anfang der 70er Jahre sogar aus, mit welchem Algorithmus eine stabile Ehe möglich ist. Ökonom Roth wiederum hat diesen Matching-Algorithmus zunächst angewandt, um Schüler an beliebten Schulen in New York oder Boston ohne Wartelisten besser zu verteilen. „Eigentlich geht es darum, unterschiedliche Interessen von unterschiedlichen Menschen so zusammenzubringen, dass die Märkte besser funktionieren“, erläuterte der elegant gekleidete Stanford-Professor unserer Autorin beim Interview während der Lit.Cologne in Köln.

Märkte, die nicht vom Preis bestimmt werden

Mit Märkten meint Alvin Roth keine Finanz- oder Rohstoffmärkte, sondern die Vergabe von Studienplätzen, Kindergartenplätzen oder Arbeitsstellen. „Market design“ heißt diese junge Disziplin, die der US-Wirtschaftswissenschaftler in den 90er Jahren

mitentwickelt hat. Denn der 64 Jahre alte Nobelpreisträger mit dem gewinnenden Lächeln ist eigentlich von Hause aus gar kein Ökonom. Der langjährige Harvard-Professor, der jetzt in Stanford lehrt, ist Spieltheoretiker und mittlerweile einer der führenden Spezialisten für „Market-Design“.

Mit diesem neuen Ansatz in der Wirtschaftswissenschaft erforscht Roth sogenannte Matching-Märkte, in denen nicht der Preis die wesentlichste Rolle spielt. Bei Bildung, Jobs oder in der Liebe wählen wir nicht nur selbst aus, sondern das Objekt der Begierde muss auch uns auswählen. „Für mich waren Wirtschaftswissenschaften immer so spannend wie Klatsch: Sie offenbaren intime Details über das Leben und die Entscheidungen anderer Menschen“, verrät Alvin Roth.

„Matching-Markets sind all jene Märkte, bei denen man sich entweder selbst entscheidet, was man haben möchte oder man ausgesucht wird. Ich habe mich immer gefragt: Wie gelingt es, effiziente Märkte zu schaffen, in denen nicht der Preis die Verteilung bestimmt?“, sagt der Buchautor. „Ich unterrichtete beispielweise an der Stanford University und eine Menge Menschen würde gerne dort studieren. Aber man kann sich nicht einfach entscheiden, nach Stanford zu gehen, sondern muss ein persönliches Angebot bekommen. Genauso ist es auf dem Heiratsmarkt oder bei bestimmten Jobs. Wir Menschen

agieren auf vielen Marktplätzen, ohne dass wir deshalb gleich zur Ware reduziert werden.“

Beinah das ganze Leben besteht aus Matching-Märkten

Eine Lokalzeitung schrieb zu Recht über den charismatischen Wissenschaftler: „Der Ökonom, der aufhörte, die Welt nur zu studieren und der begann, sie in Ordnung zu bringen.“ Denn während seine Ingenieurkollegen die Logistik von Unternehmen optimierten, wandte sich Alvin Roth lieber Alltagsproblemen zu. Für den experimentellen Ökonom besteht beinahe das ganze Leben aus Matching-Märkten. Und für jeden Markt gilt es, das jeweils richtige Matching, also die richtige Passung zu finden.

1984 versuchte er noch erfolglos, die wachsende Zahl junger Ärztteehepaare jeweils an den gleichen Ort zu vermitteln. Aber erst 1995 gelang es ihm, den passenden Algorithmus zu entwickeln, sodass akademische Ehepaare am gleichen Ort passende neue Arbeitsstellen finden konnten. Der Nobelpreisträger weiß: Nur wenn beide in der Ehe glücklich mit ihrer Arbeitsstelle sind, werden aus ihnen zufriedene, engagierte Arbeitskräfte. Roth selbst hat seine Frau in einer Volkstanzgruppe an der Uni in Illinois kennen gelernt. Der gemeinsame Matching-Faktor, wie er es nennt, war: „Wir

kamen beide aus New York City“, erzählte Roth im Interview. Im Mai feierte das Ehepaar den 39. Hochzeitstag, der älteste Sohn Aaron ist mittlerweile Professor für Informatik, der jüngere Sohn Ben studiert Ökonomie. „Beiden brauchte ich mit meinen Algorithmen nicht zu helfen“, sagt Vater Roth und schmunzelt.

Seitdem es dem Wirtschaftsprofessor vor 20 Jahren gelungen war, Ärztteehepaare erfolgreich in der gleichen Stadt Stellen zu vermitteln, geht er der zentralen Frage nach, unter welchen Bedingungen zwei Parteien bestmöglich zusammenfinden. Beispielsweise sind dies Käufer und Verkäufer beim Hochfrequenzhandel, bei der privaten Zimmervermittlung, an der Börse oder im amerikanischen Arbeitsmarkt für Medizinstudenten. Der Stanford-Professor macht mittlerweile aus den verrücktesten Tauschprozessen funktionierende Märkte.

„Märkte berühren jeden Aspekt des menschlichen Miteinanders.“

„Als Ökonom erforsche ich, wie Menschen sich miteinander abstimmen und kooperieren oder im Wettbewerb stehen“, stellt Alvin Roth nahezu gebetsmühlenartig in beinahe jedem Interview fest. „Wie man all die Dinge machen kann, die wir täglich tun, wenn wir nicht alleine sind. Märkte berühren jeden Aspekt des menschlichen Miteinanders.“ Und in seinem unterhaltsam geschriebenen Buch „Wer kriegt was und warum?“ erläutert Alvin Roth, wie man effiziente Märkte schaffen kann, in denen andere Interessen als der Preis oder das günstigste Angebot die Verteilung bestimmen. Auch für Nicht-Ökonomen sind die

Überlegungen und Forschungen informativ und erstaunlich leicht zu lesen und werden durch die eingestreuten Allerweltsgeschichten sehr anschaulich.

In seinem Buch erzählt der Ökonom unter anderem, wie er vor knapp 20 Jahren gegen den Widerstand von Ärzten und Krankenhäusern anfang, eine Art Ringtausch zu entwickeln. Dabei werden passende Lebendspender von Nieren zueinander gebracht, ohne sich zwangsläufig zu kennen. Plastisch beschreibt der Nobelpreisträger, wie er in den 80er Jahren begann, sich intensiv mit dem „Markt“ von Nierentransplantationen zu beschäftigen. Bei diesem Spender-organ herrscht überall auf der Welt ein Mangel. Bis auf den Iran, wo es kein Verbot gibt, darf in keinem Land der Welt eine Niere gegen Geld getauscht werden.

Allein in den USA warten 100.000 Nierenkranke auf das lebensrettende Organ eines toten Spenders. In Deutschland wurden 2014 etwa 1.500 Nieren von verstorbenen Spendern transplantiert und über 600 Nieren nach einer Lebendspende. Zurzeit warten in Deutschland rund 8.000 Patienten auf ein Spenderorgan – und sind damit ein lukrativer Markt. Das belegt der Nierentransplantationsskandal vor vier Jahren in Göttingen, bei dem Ärzte die Wartelisten manipuliert hatten. Denn hierzulande gelten, im Gegensatz zu den USA, aus gutem Grund besonders restriktive Gesetze. Man darf nur von einem toten Spender oder von einem engen Angehörigen im direkten Tausch eine Niere bekommen.

„Zwei Leben retten, die ansonsten verloren wären.“

„Tatsache ist, Nieren können von lebenden Menschen gespendet werden, weil jeder zwei Nieren hat und ganz gesund mit einer Niere weiterleben kann“, erzählt der Ökonom. „Aber selbst wenn man gesund genug ist, um eine Niere zu spenden, ist es nicht möglich, sie dem Menschen zu geben, den man liebt. Weil die Blutgruppe nicht passt, nimmt der andere Körper die Niere nicht an.“ In seinem Buch schreibt er: „Es ist verboten, Nieren für Transplantationen zu kaufen und zu verkaufen. Wenn es nicht genügend Nieren gibt, um den Bedarf zu decken, müssen knappe Ressourcen durch ein Zuordnungsverfahren verteilt werden.“

Roth kennt die Situation aus eigener Erfahrung. „Ich konnte meine Niere auch nicht einem Menschen spenden, den ich liebte. So kam ich auf die Idee, meine Niere mit jemandem anderen, den Sie vielleicht lieben, auszutauschen. Und Sie geben ihre Niere jemandem, den ich liebe – ohne dass dabei Geld im Spiel ist.“ In den Vereinigten Staaten ist das gesetzlich erlaubt. „Es rettet zwei Leben, die ansonsten verloren gewesen wären.“

Nierentauschbörsen sparen viel Geld

Alvin Roth ist maßgeblich daran beteiligt, dass es heute Nierentauschbörsen in vielen amerikanischen Bundesstaaten sowie in Holland und Großbritannien gibt: Zusammen mit

kooperierenden Ärzten und Kliniken an der Ostküste baute er eine komplexe Patienten- und Spenderdatenbank auf, die er heute immer noch weiter verfeinert. Mittlerweile werden so zehn Prozent der Organe lebender Spender zum Tausch angeboten. Der Nobelpreisträger besuchte auch die kriminellen Märkte des illegalen Organhandels in Aserbaidschan und erfuhr, dass viele Organspender dort wegen fehlender medizinischer Nachsorge starben.

Zurzeit beschäftigt Alvin Roth sich mit der Frage: Sollten wir Lebendspender von Nieren nicht besser behandeln und ihnen ihren Aufwand in einer bestimmten Weise vergüten?“ Das könnte seiner Meinung nach ein guter Weg sein. Denn: „Der Schwarzmarkt ist doch furchtbar, weil er von Kriminellen betrieben wird.“ Alvin Roth würde sein Programm gerne auf Menschen auf den Philippinen ausweiten, wo die staatlichen Versicherungen nur 40 Tage Dialyse bezahlen. „Durch unser Programm können wir einen Ringtausch mit amerikanischen Spendern und Empfängern organisieren und so noch viel Geld sparen. Netto kostet eine Transplantation schon in den ersten fünf Jahren eine Viertel Millionen Dollar weniger als dauernde Dialyse.“

Die Ökonomie soll helfen, knappe Mittel clever zu verteilen.

Es geht Alvin Roth vor allem darum, kaputte oder verstopfte Märkte, wie er es nennt, wieder in Ordnung zu bringen. Die Anwendung der Ökonomie soll dabei helfen, knappe Mittel durch clevere Verteilung weniger knapp zu machen, schreibt der Wirtschaftswissenschaftler. Dabei stützt er sich auf die experimentelle Ökonomie und auf die Spieltheorie, eine mathematische Sprache, die hilft, sich mit ganz konkreten Problemen eines Marktes auseinanderzusetzen. In vier Kapiteln beschreibt Alvin Roth lesenswert, weshalb Märkte seiner Meinung nach versagen, wie zum Beispiel der Börsenhandel. Oder welche Märkte schlecht gemanagt sind, wie die europäische Flüchtlingskrise. Er rät, Flüchtlinge frühzeitig nach ihren Zielen zu fragen und sie mit einem geschickten Zuteilungsalgorithmus ihren Wohnort selbst suchen zu lassen.

Matching-Markt für Flüchtlinge

„Mein erster Gedanke war: Da läuft etwas schief mit dem Matching-Market, wenn Menschen ihre kleinen Kinder in klapprige Boote setzen und versuchen, im Winter über das

Mittelmeer zu fahren“, stellt Alvin Roth fest und rät, „aus dem gegenwärtigen Durcheinander zu lernen“. „Wenn wir die Menschen nicht daran hindern können, zu uns zu kommen, sollten wir gute Wege finden, mit ihnen umzugehen. Sie einfach einzelnen Orten zuzuweisen, funktioniert nicht. Das sehen wir in den USA. Wer einmal dort ist, darf sich zwar frei bewegen. Deshalb ziehen besonders viele amerikanische Somalis nach Maine, weil sie dort ihre Kultur und ihr Essen wiederfinden. In Kalifornien können Zuwanderer einen Arbeitsplatz auf Spanisch oder Mandarin antreten, bevor sie überhaupt Englisch gelernt haben. So sind sie schnell produktiv.“

Alvin Roth ist sicher: „Es wird weitere Flüchtlinge geben, auch wenn der Bürgerkrieg in Syrien vorbei ist. Wenn die Klimaerwärmung den Meeresspiegel steigen lässt, werden in den nächsten 50, 100 Jahren viele weitere Flüchtlinge kommen und wir müssen dafür sorgen, dass wir besser auf die Migrationen vorbereitet sind.“

In seinem Schlusswort schreibt Roth: „Manchmal erhalten wir die Chance, schlecht funktionierende Märkte neu zu gestalten. Wir sollten an diese einzigartige Gelegenheit mit Bescheidenheit herangehen und die Erfolge unsere Bemühungen sorgfältig überwachen.“

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG

Wörthstraße 15-17

50668 Köln

Telefon 0221 / 97356-237

Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Susanne Bauer (v. i. S. d. P.), s.bauer@sozialbank.de

Jörg Bärschneider, joerg.baerschneider@gmx.de

Isabelle Hübner, i.huebner@sozialbank.de (Europa)

Hella Krauß, h.krauss@sozialbank.de (Demografie)

Maicke Mackerodt, info@mackerodt.de, www.rhein-reden.de

(Materialien)

Tobias Nickl, t.nickl@sozialbank.de (Non-Profit-Management)

ISSN: 1869-7631

Erscheinungsweise: monatlich